

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XIX/3

Bonn, den 6. Januar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Jawürdig</u> Sollen sich die Vorgänge des Jahres 1959 wiederholen ?	45
2 - 3	<u>Ein großes Lebenswerk</u> Zum Tod von Andreas Hermes	63
3	<u>Eindrucksvoller Beweis</u> Zum Ende des Passierscheinabkommens	21
4 - 6	<u>Fusion ... oder Konfusion ?</u> Von Fernand Dehousse Stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments	106
7	<u>Dänemark erwartet Neuwahlen</u> Gute Stellung der Regierung Krag Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten	58

Chefredakteur Günter Markschöffel

Unwürdig

Sollen sich die Vorgänge des Jahres 1959 wiederholen?

sp - Es ist nicht gut, wenn das höchste Amt, das die Bundesrepublik zu vergeben hat, das Amt des Bundespräsidenten, in den Mittelpunkt einer öffentlichen Diskussion gerät, sich daran Ränkespiele und parteiegoistische Spekulationen anknüpfen. Stellung und Persönlichkeit des Bundespräsidenten auf die Ebene eines parteipolitischen Schachers herabzusetzen, ist ein schlechter Dienst an der jungen deutschen Demokratie, nimmt dem höchsten Amt jene Würde, auf die es Anspruch hat. Der Respekt vor diesem Amt erfordert Zurückhaltung. Der Bundespräsident als höchster Repräsentant des deutschen Volkes steht über den Parteien. Alle im Bundestag vertretenen Parteien wären wohl beraten, würden sie, ein halbes Jahr vor der fälligen Neuwahl des Bundespräsidenten, untereinander Fühlung aufnehmen und sich auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen.

Die beschämenden Vorgänge des Jahres 1959 sind noch in aller Erinnerung. Damals ging es zu, als handelte es sich um ein Schachspiel. Erst gab Adenauer, der damalige Bundeskanzler, seinen Willen kund, den Stuhl des Bundeskanzlers mit dem des Bundespräsidenten zu vertauschen. Als er merkte - nach aufmerksamem Studium des Grundgesetzes - daß das Palais Hammerschmid nicht jene Machtmöglichkeiten bietet wie das Palais Schaumburg, änderte er seinen Sinn und schob Erhard, den heutigen Bundeskanzler vor, ein Vorhaben, das scheiterte.

Wieviel Kapital, wieviel angesammeltes Vertrauen wurde damals verschleudert, ging verloren. Die Bundesrepublik erlebte die schwerste Krise in ihrer bisherigen Geschichte; der so bewiesene Zynismus und Parteiegoismus offenbarte eine Einstellung, die ganz und gar nicht der Hochachtung vor dem höchsten Amt in der Bundesrepublik entsprach.

Soll sich, einige Monate vor der Wahl, dieses erschreckende und traurige Schauspiel wiederholen? Die Regierungsparteien tun so, als ob sie allein der Staat wären, als ob es ihnen allein zustehe, über den Bundespräsidenten zu befinden. Da werden neue Kandidaten genannt, als handele es sich um die Neuwahl irgendeines Vereinsvorsitzenden. Dem ist aber nicht so. Allein staatspolitische, nicht parteiegoistische Überlegungen haben hier zu gelten oder sollten gelten.

Wer dabei die deutsche Sozialdemokratie übergeht, so tut, als ob sie gar nicht da wäre, verkennt die bundesrepublikanische Wirklichkeit, will 40 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik von der Mitbestimmung über die Besetzung des höchsten Amtes ausschließen. Das kann nicht gut ausgehen, das wäre auch eine Mißachtung der trüben Erfahrungen des Jahres 1959. Schon ist Schaden genug angerichtet worden, doch läßt er sich noch reparieren. Das bedarf freilich der Einsicht aller guten Kräfte in allen Parteien, denen die Festigung des Vertrauens zu unseren demokratischen Institutionen und das Wohl des Ganzen höher steht als momentane parteiegoistische Vorteile. Unser Volk hat für gegenteiliges Verhalten kein Verständnis.

Ein großes Lebenswerk

Zum Tod von Andreas Hermes

So. - Die landwirtschaftlichen Organisationen Deutschlands haben einen schweren Verlust zu beklagen. Ihre markanteste Persönlichkeit, Dr. Dr. h.c. Andreas Hermes, Reichsminister a.D., Ehrenpräsident des Deutschen Bauernverbandes, Ehrenpräsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, Ehrenpräsident des Verbandes der Europäischen Landwirtschaft, Träger des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, starb 86-jährig nach längerer Krankheit in Krähingen (Eifel), wo der große alte Mann der Bauernschaft seinen Lebensabend verbrachte.

Andreas Hermes hat als Landwirt und Agrarpolitiker Weltruf erworben. Er galt als ein Fachmann von hohen Graden, der Theorie und Praxis wie nur wenige zu verbinden verstand. So arbeitete er von 1905 - 1914 in den verschiedensten wissenschaftlichen Positionen bei der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft und im Internationalen Agrarinstitut zu Rom. Von 1920 - 1923 diente Hermes der Weimarer Republik als Landwirtschafts- und Finanzminister in den Kabinetten Müller, Fehrenbach, Wirth und Cuno; später vertrat er Deutschland beim Völkerbund und bei der Internationalen Agrarkommission in Paris.

Aber diese Etappen, so glänzend sie auch nach außen zu sein scheinen, werden seiner Bedeutung weder für den Weimarer Staat noch für die Bundesrepublik Deutschland gerecht. Hermes ist der eigentliche Begründer dessen, was man heute schlicht die "Grüne Front" nennt. Schon in den dreißiger Jahren gelang es ihm - mit einem untrüglichen Instinkt für Macht ausgestattet und seit 1928 zur ersten Garnitur der Bauernpolitiker gehörend - die verschiedenen agrarpolitischen Organisationen, die Bauernverbände, und die wirtschaftlichen Hilfsorganisationen der Landwirtschaft, der Genossenschaften, aus ihrer Zersplitterung zu lösen und ihre Tätigkeit und Ziele nach übergeordneten Gesichtspunkten zu koordinieren.

Erst die Nazizeit versperrte Andreas Hermes den Weg zu weiteren Erfolgen. Er wurde 1933 verhaftet, zog nach seiner Freilassung nach Kolumbien, kehrte 1939 zurück, wurde im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 abermals verhaftet, zum Tode verurteilt und entging diesem Schicksal nur mit knapper Not. - Nach 1945 gehörte Hermes zu den aktivsten Mitarbeitern am Wiederaufbau: Er zählte zu den Mitbegründern der CDU für Berlin

und Mitteldeutschland, war vorübergehend zweiter Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Berlin. Sein Einspruch gegen die sogenannte Bodenreform der Sowjets machte ihn für die zonale Politik untragbar, und so wirkte er schon 1946 in Westdeutschland auf seinem ureigensten Feld, in den Organisationen der Landwirtschaft. 1948 wurde Hermes Präsident des neugebildeten Deutschen Bauernverbandes und Präsident des Deutschen Raiffeiserverbandes. Er hatte den Anschluß an seine früheren Arbeitsbereiche wiedergefunden.

Mit diesen Ämtern und in Verbindung mit zahlreichen Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsfunktionen in weiteren landwirtschaftlichen Verbänden und Unternehmen verfügte Hermes über eine Machtfülle, von der manche Beobachter meinten, sie stünde der des Bundeskanzlers in nichts nach. Doch wie man das auch bewerten will, eines ist sicher: Die jetzige Position der westdeutschen Landwirtschaft ist im Guten wie im Schlechten entscheidend von Andreas Hermes mitbestimmt worden. Die landwirtschaftlichen Organisationen verdanken ihm vieles, vielleicht sogar alles. Aber auch wer den Weg dieser bedeutenden Persönlichkeit in all den Jahren nicht mitzugehen vermochte, wird heute der Tatkraft, dem Mut, ja dem ganzen Lebenswerk dieses bemerkenswertesten Bauernführers der letzten Jahrzehnte seine Achtung nicht versagen können.

+ + +

Eindrucksvoller Beweis

Zum Ende des Passierscheinabkommens

sp - Die Tage vom 22. Dezember 1963 bis zum 5. Januar dieses Jahres werden in die deutsche Geschichte eingehen. Sie zerbrachen die Vorstellung, das deutsche Volk hätte sich mit der willkürlich verfügten Teilung abgefunden, ein innerer Zusammenhalt bestünde nicht mehr.

Freunde und Gegner überraschte das vorher nicht gesehnte Ausmaß des Besucherstroms, der in diesen Tagen von West nach Ostberlin floß. Achtzehn Jahre nach dem Zusammenbruch erfolgte in Berlin der eindrucksvollste Beweis eines unzerstörbaren Zusammengehörigkeitsgefühls. Die Wirkung blieb und bleibt ja nicht auf Berlin beschränkt, fünf Millionen Menschen in der Zone, also fast ein Drittel der Bevölkerung Mitteldeutschlands, benutzten diese Gelegenheit zu einem Berlinbesuch. Sie sahen ihre Freunde, ihre Bekannten und Verwandten und schöpften Hoffnung und neue Zuversicht. Politik hat sich im Bereich des Menschlichen zu bewähren, nur das allein kann gültiger Maßstab sein. Berlin hat gezeigt, um die Worte des Berliner Bürgermeisters Heinrich Albertz zu zitieren, "daß Deutschland wieder ein Land ist, sich auf die Dauer nicht zerreißen läßt". Zählt das nichts? Es wird schwer wiegen bei den Entscheidungen der Großen in der Welt. Der Wille zur Wiedervereinigung, wieder zusammenzufügen, was zusammen gehört, ist eine Realität, die nur leugnen kann, der sie nicht sehen will.

+ + +

Fusion ... oder Konfusion ?

Von Fernand Dehousse,
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion
des Europäischen Parlaments

Der Ministerrat hat vor kurzem den Ausschuß der Ständigen Vertreter beauftragt, in absehbarer Zeit eine umfassende Studie über die verschiedensten Fragen auszuarbeiten, die vor allem die politischen und institutionellen Aspekte des Lebens der Europäischen Gemeinschaften betreffen. In dem Auftrag an die ständigen Vertreter ist nicht nur die Prüfung der Verschmelzung der Exekutiven vorgesehen, die schon seit geraumer Zeit zur Debatte steht, sondern er erstreckt sich auch auf die Verschmelzung der Gemeinschaften überhaupt, eine sehr viel umfassendere Frage also, die, wie nicht erst betont zu werden braucht, äußerst umstritten ist. Sogar die Frage, wo die Gemeinschaften ihren Sitz haben sollen, das heißt die alte, berührte Sitzfrage, die immer wieder in der europäischen Politik auftaucht, steht auf dem Programm des Ausschusses.

Es handelt sich dabei natürlich erst um eine Studie. Der Rat behält sich nicht nur vor, sie zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch, aufgrund der ihm unterbreiteten Vorschläge, denn die ihm zweckdienlich erscheinenden Beschlüsse zu fassen. Nach der Satzung der Gemeinschaften ist dies das normale Verfahren. Vom demokratischen Gesichtspunkt mag man es jedoch bedauerlich finden, daß es der Rat nicht für angebracht hielt, in irgendeiner Weise das Parlament hinzuzuziehen. Daher hat der Politische Ausschuß des Parlaments ganz richtig reagiert, als er sich von sich aus mit dem Problem der Wiederbelebung der politischen Einheit befaßte, denn dieses Problem deckt sich zwar nicht mit dem anderen, hängt aber insoweit mit ihm zusammen, als seine Lösung zwangsläufig durch die Fortschritte beeinflusst wird, die in der Entwicklung der Gemeinschaften erzielt werden oder nicht.

Der europäische Zeitplan der nächsten Monate dürfte also wieder recht belastet sein. Niemand scheint auf kurze Sicht mit überwältigenden Ergebnissen zu rechnen, aber es kann auch niemand die Bedeutung dieser beiden Initiativen unterschätzen.

Eine verführerische These

Es gibt Juristen, die erklären, die Gemeinschaften seien auch jetzt schon eine und dieselbe. Das ist eine verführerische These, aber leider eilt hier der Gedanke der Wirklichkeit voraus. De jure und de facto bilden die drei Gemeinschaften (EGKS, Euratom, EWG) nun einmal drei verschiedene Organismen, die verschiedenen Vertragsbestimmungen folgen, und diese gehen in vielen Fällen sogar weit auseinander. In der Theorie - und zwar nur in der Theorie - ist die EGKS wesentlich supranationaler als die beiden anderen Gemeinschaften, wenn man von

den den Institutionen übertragenen Befugnissen ausgeht. Auf der anderen Seite haben jedoch die Verträge von Rom der sachlichen Zuständigkeit der Euratom und vor allem der EWG sehr viel mehr Fragen übertragen, für die bisher grundsätzlich allein die einzelnen Staaten zuständig waren. Bedauerlicherweise wurde diese Übertragung in beiden Fällen aber nicht so vorgenommen, daß am Ziel, nämlich auf europäischer Ebene, wieder eine ebenso weitgehende demokratische Kontrolle vorzufinden wäre, wie sie jeder Staat für sich auf nationaler Ebene ausüben konnte.

Zwei der ersten Probleme, denen sich die Aufmerksamkeit zuwendet, sind daher folgende:

- 1) Wird sich bei einer Verschmelzung das System der EGKS oder das der beiden anderen Gemeinschaften durchsetzen und für das Ganze gelten?
- 2) Wird daran gedacht, zur Sicherung der demokratischen Kontrolle das Europäische Parlament durch allgemeine Wahlen in den Völkern zu verankern und seine derzeitigen Befugnisse und Zuständigkeiten zu verstärken?

Über den zweiten Punkt besteht kein Zweifel. Der Auftrag an die Ständigen Vertreter sieht nichts Derartiges vor. Offensichtlich verläuft alles so, als ob das parlamentarische System nicht von Bedeutung wäre. Das ist ein schwerer Fehler, der - auf längere Sicht - den Aufbau Europas gefährden könnte, weil dadurch der direkte Kontakt zu den Völkern unserer sechs Länder unterbunden wird.

Annehmbarer Mittelweg?

Was die Wahl zwischen dem Supranationalismus nach dem Muster der EGKS und den Gemeinschaftsbefugnissen nach dem Muster der Euratom, EWG betrifft, so wartet man gespannt, was die Ständigen Vertreter empfehlen werden und welche Schlußfolgerungen die Minister gegebenenfalls annehmen. Besteht überhaupt irgendeine Aussicht auf eine klare Lösung, auf eine eindeutige Entscheidung in der gegenwärtigen europäischen Konstellation? Bleibt eine solche Entscheidung aus, wird sich dann aus all der imposanten Beratungen wenigstens ein für alle Teile annehmbarer Mittelweg ergeben, durch den die Fortentwicklung der reorganisierten Gemeinschaft einigermaßen gesichert werden kann? Das wird nun erst die Zukunft lehren, und diese Zukunft wird noch nicht allzu nahe sein.

Die Lösung kann auch nicht allein durch ein Abkommen auf institutionellem Gebiet erreicht werden. Sie wird weitgehend durch konkretere Faktoren bestimmt - als da sind (um nur einige zu nennen) - Energiepolitik, Agrarpolitik und Beitrittsmöglichkeiten für neue Mitglieder. Gerade in diesen drei Bereichen herrscht heute ein Krisenzustand und es ist kaum denkbar, zu einer einheitlichen Gemeinschaft zu kommen, ohne daß diese Krise beseitigt würde. Jedenfalls darf die künftige Gemeinschaft nicht so angelegt und aufgebaut sein, daß ein späterer Beitritt Großbritanniens und weiterer, ebenfalls dazu bereiter europäischer Länder, undenkbar wird.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft kann natürlich andererseits nicht mit Aussicht auf Erfolg an die "Kennedy-Runde" herangehen, ohne daß zwischen ihren Mitgliedstaaten ein Mindestmaß an Übereinstimmung besteht, was unter anderem ein möglichst enges Einvernehmen auf dem Agrarsektor bedeuten muß. - Kurzum, es scheint, daß die drei Gemeinschaften in ihrer geschichtlichen Entwicklung an einem kritischen Punkt angelangt sind, und daß dieser kritische Punkt nicht leicht zu überwinden sein wird.

Ein gewagtes Spiel

Man kann also dem Ministerrat keinen Vorwurf daraus machen, daß er das Verschmelzungsverfahren eingeleitet hat. Dieses Problem war reif. Alles kommt darauf an, ob der Ministerrat die nächste Stufe nehmen und die Lösung zum guten Ende führen kann. Ist das nicht der Fall, so wird nur Verwirrung daraus entstehen. Die Öffentlichkeit wird sich in dem Wirrwarr der verschiedenen Meinungen und der dann beginnenden Streitigkeiten nicht mehr zurechtfinden, und die Gemeinschaften selbst werden nichts dabei gewinnen. Im Gegenteil; es besteht vielmehr die Gefahr, daß sie durch einen längeren Stillstand moralisch geschwächt werden, denn schon die Tatsache, daß ein solcher Stillstand möglich ist, würde ihnen zum Vorwurf werden, weil eine Änderung für notwendig erachtet und dann nicht erzielt wurde.

Es ist ein sehr gewagtes Spiel, auf das man sich einläßt. Zu wünschen ist nur, daß sich der Ministerrat der Gefahren bewußt ist und daraus alle Schlußfolgerungen zieht, um sein Handeln wirksam zu machen.

Aber noch einmal muß die Frage gestellt werden: warum soll bei einem solchen Unternehmen das Europäische Parlament abseits bleiben? Dieses Parlament ist über das Stadium nutzloser Paragraphenreiterei hinaus. Es hat seine Nützlichkeit oft genug bewiesen. Und es war immer einer der wachsamsten Förderer des entstehenden Europa. Deshalb wäre es eine glückliche Eingebung, seinen Rat einzukolen, möglichst auch, um ihn zu befolgen, denn das könnte sehr dazu beitragen, Europa wieder aus der Sackgasse herauszuhelfen. Der Augenblick scheint gekommen, die Frage klar und offen zu stellen. - Bei anderem Anlaß wurde einmal gesagt: es ist nicht zu spät, aber es ist höchste Zeit!

+ + +

Dänemark erwartet Neuwahlen

Gute Stellung der Regierung Krag

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rastan

In Dänemark rühren sich die Wahltrümmel für das Jahr 1964. Spätestens im November werden Parlamentswahlen stattfinden. Es liegt in der Entscheidungsfreiheit des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Jens Otto Krag, nach Abstimmung mit dem liberalen Koalitionspartner schon im Frühjahr oder Frühherbst das Folketing aufzulösen und die Wahlen unter Umständen etwa ein halbes Jahr vorzuerlegen. Die nicht-sozialistische Oppositionsparteien, vor allem die Konservativen, drängen auf eine politische Machtprobe, wobei sie hoffen, daß sie nach zehn Jahren "draussensein" endlich wieder an die Regierung kommen werden. Es sieht aber zur Zeit nicht so aus, als würden die Regierungsparteien den Wunsch der Opposition nach Vorverlegung der Folketingwahlen erfüllen. Obwohl 1963 parteipolitisch für Dänemark ein relativ unruhiges Jahr war - es gab die scharfen Auseinandersetzungen um die von der Regierungsmehrheit beschlossenen Bodengesetze, die bei der Volksabstimmung im Juni abgelehnt wurden -, steht der wirtschaftliche Aufschwung nunmehr im Vordergrund der Aufmerksamkeit

Dieser Aufschwung ist durch einen Stabilisierungsprozeß erreicht worden, der auf die sogenannte Gesamtheitslösung zurückgeht, die von den Regierungsparteien gegen die Stimmen der Opposition durchgeführt wurde. Das Stillhalteabkommen über Preise und Löhne hat sich in der Tat besser als erwartet bewährt und zur Aufbesserung der Devisenlage wesentlich beigetragen. Die Devisenreserven sind im Laufe des Jahres von 625 Millionen Kronen auf rund 2 Milliarden Kronen angestiegen, und wenn auch die Hälfte der Erhöhung von den Auslandsanleihen des Staates und der Stadt Kopenhagen vertreten wird, müssen auch die Oppositionsparteien zugeben, daß eine wesentliche Besserung der Wirtschaftslage eingetreten ist. Der Verbrauch konnte gebremst werden, was zur Erhöhung der Exporteinnahmen führte. Die Vollbeschäftigung wurde nicht gefährdet, und wenn die bevorstehenden Tarifverhandlungen ebenfalls unter dem Motto des Maßhaltens zu Ende geführt werden können, deuten alle Zeichen darauf hin, daß die Stabilisierung sich weiterhin bewähren wird. Die Nationalbank konnte zum ersten Male den Diskontsatz senken, und die dänische Wirtschaft zeigt zum Jahresende Optimismus und Zuversicht. Für die Bauwirtschaft wurden die Bremsen erheblich gelockert.

Ab und zu sah es im Folketing so aus, als bewege sich die Bauernpartei Venstre in Richtung auf eine Annäherung an die sozialdemokratische Partei, doch jedes Mal ließ die zweitgrößte Oppositionspartei, die konservative, eine Sturmwelle losbrechen, die vertuschen sollte, daß es innerhalb der bürgerlichen Parteien Uneinigkeit gibt. Von der äußersten Linken im Folketing, den "Volkssozialisten" Aksel Larsens, wardendie Sozialdemokraten gleichzeitig mit der Aufforderung zur Bildung einer "Volksfront" bestärkt, was aber auf strikte Ablehnung stieß. Die sozialdemokratische Partei besteht auf konsequenter Absage jeder Zusammenarbeit mit den getarnten Kommunisten.

Die Hauptfrage der dänischen Außen- und Wirtschaftspolitik wurde nicht gelöst: de Gaulles Absage an England hat auf unbestimmte Zeit die Aufnahme Dänemarks in die EWG verzögert. Wenn Dänemark auch in der Sitzung der EWG vor Weihnachten einiges erreichen konnte - wobei die Rolle der Bundesrepublik von ausschlaggebender Bedeutung war -, muß man in Dänemark in Rechnung stellen, daß dieses Land am meisten gefährdet ist durch die Spaltung Europas in zwei Wirtschaftsböcke. Innerhalb der Bauernpartei Venstre erheben sich Stimmen dafür, daß Dänemark die Möglichkeit eines Beitritts zur EWG auch ohne England in Erwägung ziehen sollte. Darüber wird eine erregende Debatte im Folketing demnächst erwartet.

Die Parteien rüsten sich am Beginn des neuen Jahres für den Wahlkampf, der bald mit voller Stärke einsetzen wird.